

Diesseits der Matrix: Den Datenschutz ernst nehmen

Es gibt viel Unmut über die EU-Grundverordnung zum Datenschutz. Zu bedenken ist dabei: Datenschutz ist ein Menschenrecht. Man sollte ihn ernst nehmen – so wie andere Menschenrechte auch.

Angelika Adensamer

Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist ab 25. Mai in allen EU-Mitgliedstaaten anzuwenden. Aufgrund der neuen Höchststrafen für die Nichteinhaltung von Datenschutzbestimmungen kam es in den letzten Wochen bei vielen zu Panikreaktionen – nicht zuletzt bei kleinen und mittleren Unternehmen, Vereinen, Betreiberinnen und Betreibern von Blogs oder kleineren Webseiten sowie Versendern von Newslettern. Wir sollten uns dabei vor Augen führen, dass Datenschutz ein Menschenrecht ist. Die persönlichen Daten anderer zu verarbeiten geht mit großer Verantwortung einher.

Es kommt tatsächlich Arbeit auf uns alle zu, die wir – nicht nur für private Zwecke – für Datenbanken verantwortlich sind. Auch wir von



Keanu Reeves als Neo in „Matrix“: In dem vor ungefähr 20 Jahren gedrehten Science-Fiction-Film hatte die künstliche Intelligenz die Macht übernommen, Datenschutz musste gewissermaßen mit Kampfsport und recht viel Ballerei durchgesetzt werden.

der Grundrechts-NGO Epicenter Works, die sich für Datenschutz einsetzt, verarbeiten natürlich personenbezogene Daten, um unsere Vereinszwecke zu erfüllen. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Die aktuelle Aufregung ist übertrieben. Viele der Vorschriften der DSGVO sind für Österreich nicht neu. Wer sich bis-

lang schon an Datenschutzvorschriften gehalten hat, hat jetzt weniger Arbeit.

Auch die neuen Strafen werden für kleine Unternehmen und Vereine nicht unverhältnismäßig hoch sein. Die oft zitierten Obergrenzen in Millionenhöhe sind für Unternehmen gedacht, deren Jahresumsatz so hoch ist, dass die vier Prozent Millionen ausmachen. Diese Obergrenze für Strafen wird nur bei Unternehmen erreicht werden, die ohne gültige Einwilligung und ohne das Wissen der Betroffenen massenhaft sensible Daten ein- und verkaufen, nicht bei kleinen Fahrlässigkeiten. Für die meisten Organisationen, die nur wenige persönliche Daten verarbeiten, und das aus gutem Grund, ist auch der Aufwand überschaubar, die Datenbanken und Prozesse DSGVO-konform zu gestalten.

Geschützter Bereich

Die Datenschutzgrundverordnung soll in erster Linie das Recht auf Datenschutz und auf informationelle Selbstbestimmung der Menschen gewährleisten. Dass wir einen geschützten Bereich ihrer Privatsphäre und selbst Kontrolle darüber haben, was wir über uns preisgeben wollen, ist ein zentraler Bestandteil von Freiheit. Daher werden nun zum Beispiel die Rechte auf Auskunft, auf Berichtigung und Löschung ausgeweitet und gestärkt. Das ist eine Verbesserung für uns alle.

Es gibt nicht die auf der einen Seite, die davon profitieren, weil ihre Daten verarbeitet werden,

und die auf der anderen Seite, die Daten verarbeiten. Auch wir, die wir selbst Daten anderer verarbeiten, profitieren von diesen gestärkten Rechten, auch wir sind Menschen, deren Daten verarbeitet werden.

Diese Rechte sind heute wichtig wie nie zuvor: Datenbanken haben heute nicht die gleiche Bedeutung, die sie früher hatten. Früher gab es Archive, Aktenlager und Karteikartensysteme, die von Menschen in dem Maße genutzt werden konnten, als das Sortiersystem sinnvoll und verwendbar war, und soweit sie mit menschlichen Fähigkeiten analysierbar waren. Heute ist Speicherplatz billig, und riesige Mengen an Daten können in kürzester Zeit

darüber Gedanken machen müssen, zu welchem Zweck sie das tun, mit wem sie diese Daten teilen, wie lange sie sie benötigen und so weiter. Es ist nicht zu viel verlangt, sich Gedanken zu machen, ob Plugins auf meiner Webseite das Surfverhalten von Besucherinnen und Besuchern aufzeichnen, speichern und an Unternehmen wie Google weitergeben. Es ist nicht zu viel verlangt, persönliche Daten, die man nicht mehr braucht, wieder zu löschen. Es ist nicht zu viel verlangt, Newsletter nur an Personen zu schicken, die auch eingewilligt haben.

Mündige Bürgerin oder mündiger Bürger zu sein heißt, die eigenen Rechte in Anspruch zu nehmen. Es heißt aber auch, für die

Wahrung der Rechte anderer zu sorgen. Die Notwendigkeit der Umsetzung der DSGVO bietet einen guten Anlass, uns zu überlegen, welche Interessen die Betroffenen an den Daten haben, die wir von ihnen verarbeiten. Nehmen wir diese Herausforderung ernst! Wenn wir uns als Teil einer Gesellschaft verstehen, in der Menschenrechte ein zentraler Wert sind, dann müssen wir auch Verantwortung für die Rechte derer übernehmen, deren Daten wir sammeln.

ANGELIKA ADENSAMER ist Juristin und Mitglied des Datenschutzrates. Sie arbeitet für die Grundrechts-NGO Epicenter Works, die sich unter anderem stark für den Datenschutz einsetzt.



A. Adensamer: Rechte für mündige Bürger.

Foto: Epicenter Works

PAUL LENDVAI

Sprengstoff Italien



Ein politischer Witz besagt, dass die Italiener das stärkste Volk der Welt sind, weil sie ihre eigenen Politiker seit Jahrzehnten überleben. Am Vorabend der Bildung einer ausschließlich aus Rechts- und Linkspopulisten bestehenden Regierung in Rom stellt sich aber die – bisher von der europäischen Öffentlichkeit unbeachtete – Frage, ob die Währungsunion, also der Euro, das brandgefährliche Experiment mit radikal EU-feindlichen politischen Abenteurern überleben könnte.

Die EU hatte die derzeit drittgrößte Wirtschaftsmacht der Union schon zweimal – durch die Aufnahme in die Währungsunion und dann durch eine Schuldengarantie der Europäischen Zentralbank – vor dem Zusammenbruch gerettet. Mit einer enormen Staatsverschuldung von 132 Prozent der Wirtschaftsleistung belegt das Land den zweitletzten Platz hinter Griechenland. Infolge der Weltwirtschaftskrise verlor Italien 25 Prozent der Industrieproduktion und eine Million Arbeitsplätze.

Die Sehnsucht nach Veränderung, die Enttäuschung über die sozialdemokratische Regierung und die Empörung über die Auswüchse des Mafiakapitalismus erwiesen sich als stärker als die Zweifel an der Regierungsfähigkeit der Populisten. Bei den Wahlen im März gewannen die vor zehn Jahren von dem Komiker Beppe Grillo gegründete linkspopulistische Fünf-Sterne-Bewegung und die radikal fremdenfeindliche, vor allem im Norden verankerte Lega mit maßlosen Versprechungen die Mehrheit. In der ersten, inzwischen zu-

rückgezogenen Version des künftigen Regierungsprogramms, wollten die beiden Parteien einen offenen Bruch mit Brüssel, nicht zuletzt durch die Verweigerung der Rückzahlung der italienischen Staatsanleihen im Wert von 250 Milliarden Euro, die die Europäische Zentralbank hält. Allerdings reicht das, was im abgeschwächten Maßnahmenkatalog geblieben ist, als Sprengstoff für die italienische Finanzlage und darüber hinaus für die Eurozone.

Allein die geplanten Steuererhöhungen würden den Staat 50 Milliarden Euro im Jahr kosten. Dazu kommen unter anderem ein bedingungsloses monatliches Grundeinkommen von 780 Euro für Arbeitslose (17 Milliarden) und die Rücknahme der Erhöhung des Rentalters (26 Milliarden).

Bis vor kurzem forderte die Fünf-Sterne-Bewegung den Austritt aus der Währungsunion. Jetzt kündigt ihr Parteichef Luigi Di Maio „nur“ an, dass die künftige Regierung „einige EU-Verträge und -Regeln infrage stellen wird“. Sein Partner, Lega-Chef Matteo Salvini, will sämtliche Flüchtlinge aus dem Land werfen. Beide Parteien sprechen sich übrigens für eine russlandfreundliche Außenpolitik und für die Abschaffung der Sanktionen aus.

Nicht Italien, sondern die Union muss sich ändern, lautet die Devise der Populisten. Bis Montagabend war es nicht einmal sicher, ob sich die bizarren Wahlsieger und der Staatspräsident Sergio Mattarella auf die Person des künftigen Regierungschefs einigen werden.

Die Investoren sind nervös. Das Drehbuch der Populisten an der Macht könnte sehr schnell unberechenbare Reaktionen auf den internationalen Finanzmärkten auslösen. Die Aussichten – nicht nur für Italien – sind düster.

LESERSTIMMEN

Digitaler Rechenschieber

Betrifft: „Der ORF soll nicht weniger Geld bekommen“ von Harald Fidler DER STANDARD, 18. 5. 2018
Unsere neue Bundesregierung macht Norbert Steger zum modernen Gesicht des ORF und zum Vorsitzenden des ORF-Stiftungsrates. Steger, seinerzeit mit dem Rechenschieber groß geworden, soll den ORF in die digitale Zukunft führen.

Salbungsvoll von einem „Endkampf“ schwadronierend, so stellt sich die Regierung einen modernen Vorsitzenden vor. Gute Nacht!

Egon Hofer, per Mail

Verknappte Formulierung

Betrifft: „Köhlmeiers Paukenschlag ging daneben“ von Gerhard Botz DER STANDARD, 12./13. 5. 2018
Es ist ein Verdienst dieses Beitrags, mit historischen Fakten deutlich zu machen, was Michael Köhlmeier in seinen knappen acht Minuten leider nicht gelungen ist. Wie er nachfolgend auch klarstellte, waren mit seinem Hinweis auf jene,

die damals Fluchtrouten sperrten, eben nicht die nationalsozialistischen Machthaber gemeint, sondern westliche Demokratien wie die USA oder die Schweiz – so wie heutzutage Österreich, Ungarn, Tschechien, Großbritannien etc.

Köhlmeier hat bei seiner verknüpften Formulierung offensichtlich angenommen, dass diese Tatsachen nicht nur seiner (und auch meiner) Generation selbstverständlich bekannt sind, und nicht damit gerechnet, dass seine Unbestimmtheit den völlig zu Recht kritisierten Gegenwartspolitikern ein Schlupfloch zu rhetorisch empörter Selbstverteidigung ließ, das auch sofort genützt wurde.

Man muß dabei nicht unbedingt sofort bösen Machiavellismus unterstellen – es kann auch schlicht historisches Unwissen sein, wie es derzeit ja auf beiden Seiten des Atlantiks als politische Tugend zu gelten scheint. Was immer die Ursache, das Ergebnis ist dasselbe: eine Unwilligkeit/Unfä-

higkeit dieser Politiker, auf gerechtfertigte Kritik mit der Bereitschaft zu sachlicher Diskussion zu reagieren, anstatt mit unbegründet aggressiver Opferrhetorik.

Walter W. Hölbling, per Mail

Primat der Pädagogik

Betrifft: „Nichts gelernt“ von Peter Mayr DER STANDARD, 18. 5. 2018
Es stellt sich zuallererst die Frage, ob man in Schulen bildungspolitische Ziele verfolgen oder diese Institutionen für gesellschaftspolitische Utopien missbrauchen möchte. Generell sollte in Ausbildungsstätten das Primat der Pädagogik gelten, und andere Ansprüche sind als nachrangig anzusehen. Aber ganz gleich, unter welchen Perspektiven man das Problem betrachtet und welche Experten ihre meist ideologisch eingefärbten Kommentare dazu abgeben, fest steht, dass jemand, der die Unterrichtssprache nicht zu mindest rudimentär beherrscht, nicht eingeschult werden kann.

Martin Behrens, per Mail